



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, George: Russische Briefe. 3

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Daten angewiesen. Die Ergebnisse der Volkszählungen von 1890 und 1900 zeigen, daß sich das Zahlenverhältnis der deutschen und der polnischen Bevölkerung in diesen zehn Jahren zum Nachteil der Deutschen um jährlich zehn- bis zwölftausend Köpfe verschoben hat. Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission war also völlig außerstande, den Vorsprung der Polen auszugleichen. Seit etwa vier Jahren ist es anders geworden. Im Jahre 1902 schnellte die Zahl der mit Ansiedlern neu besetzten Stellen plötzlich von 400 auf 1200 in die Höhe und stieg dann weiter bis auf 1527 im Jahre 1905 mit dem hochehrfurchigen Resultat, daß ein Zurückdrängen des deutschen Elements in diesem letztgenannten Jahre nicht mehr festgestellt werden konnte. Wir sehen also, erst die Ausdehnung, die das Kolonisationswerk heute erreicht hat, genügt, den Polen gegenüber den status quo ante sowohl im Grundbesitz als in bezug auf die Kopffzahl in den Ansiedlungsprovinzen zu behaupten. Der Landerwerb der Ansiedlungskommission betrug im letzten Berichtsjahre etwa 35 000 Hektar und die auf den Ansiedlungsgütern untergebrachte deutsche Bevölkerung etwa 10 000 Köpfe. Diese Zahlen zu erreichen, wird auch in der Zukunft unser Bestreben sein müssen. Im übrigen werden wir gut daran tun, unsern Gegner höhnen und drohen zu lassen, so viel er will, keinesfalls ihm das Legen von Kontermen dadurch zu erleichtern, daß wir unsre Karten vor ihm aufdecken. Unsre Sache steht freilich so gut, daß auch die größten Anstrengungen des Gegners uns keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten können, aber sie halten uns auf in unserm Siegeslauf, und deshalb heiße unsre Losung: „Ans Ziel“, und unser Feldgeschrei: „Kraftvoll und schweigsam.“



Russische Briefe

Von George Kleinow

3



Es am 9. (22.) Juli früh die Petersburger die Köpfe hinausstecken, sind sie überrascht. Was ist vorgefallen? Die Stadt ist in ein Heerlager verwandelt, starke Militärabteilungen durchziehen zu Fuß und zu Pferde die Straßen. Vor einigen Hofstoren ist die Uniform von Artilleristen zu erkennen. Am Nikolajbahnhof, auf dem Kasanplatz stehn Kanonen, da und dort Maschinengewehre! Wozu? Was ist geschehn? Endlich fällt der Blick auf ein großes weißes Plakat an einer Hausecke. Die dicken, schwarzen Lettern lassen erkennen: „Wir, Nikolaus der Zweite . . .“ Aha! ein Manifest! die Duma ist aufgelöst! Welche Überraschung! Daran hatte niemand gedacht! Ach, nun versteh ich, wozu die Truppen da sind, denkt der friedliche Bürger. „Stolypin — maladjes!“ — ein tüchtiger

Kerl! Madjin und Schilkin haben ja in der Duma gesagt, daß bei der Dumaauflösung das Volk aufspringen würde wie ein gereizter Tiger — Winawer, daß sich die Bajonette vor den Volksvertretern senken würden, und daß dann der Zar und die Beamten der Gnade aber auch der Wut des Volks ausgeliefert sein würden. Wie sagte doch Schilkin? „Wir sind zwar nicht fest in Staatswissenschaften, aber wir sind erfüllt von jenem Feuer des Hasses, von dem ganz Rußland glimmt!“ und der beunruhigte Bürger zieht sich erschreckt in seine Behausung zurück; der Kaufmann läßt seine Läden verrammeln. Niemand gibt sich Rechenschaft von dem, was eigentlich geschehn könnte, aber jeder einzelne erwartet, daß Petersburg in wenig Stunden der Schauplatz blutiger Kämpfe sein wird. Es geschah aber nichts.

Als die Abgeordneten an das „Taurische Palais“ kamen, sagte ihnen der militärische Hausvorsteher, die Räume seien geschlossen; daß sie fest geschlossen waren, bewiesen die zahlreichen Posten und Patrouillen an allen Eingängen. Hatte man noch gestern in der Duma laut geschimpft, so zog man es heute vor, die Faust in der Tasche zu ballen.

* * *

Die innern Gründe für die Dumaauflösung (siehe Grenzboten Nr. 46) waren auf der einen Seite das revolutionäre Treiben der „Arbeitsgruppe“, auf der andern die Unversöhnlichkeit der Kadetten in der Agrarfrage. Mit der Auflösung wurde kein Ventil verstopft, das, wie die liberale Presse im In- und Auslande behauptete, Morden und Raubansfällen vorbeugte, sondern eine Organisation wurde unschädlich gemacht, die Mord und Raub in großem Stile vorbereitete. Man vergleiche nur folgende Zahlen: Vor dem Zusammentritt der Duma wurden Mordanschläge auf Regierungsvertreter ausgeführt im Februar 39, im März 39, im April 42. Dann trat die Duma zusammen. Es wurden ermordet im Mai 126, im Juni 142, im Juli 239, im August 322, im September 168. An Agrarunruhen kamen vor im Februar 11 Fälle, im März 18, im April 13, nach dem Zusammentritt der Duma im Mai 64, im Juni 235, im Juli 332, nach Einführung der Feldkriegsgerichte im August 190, im September 73, im Oktober 12. (Siehe Professor Mich. Kaufmann in „Strana“ Nr. 188.)

Zur Beruhigung der unter den früher geschilderten Verhältnissen äußerst erregten Bauern erließ das Kabinett am 20. Juni*) eine Regierungserklärung, die ungefähr besagte: In Ausführung der allerhöchst befohlenen Maßregeln zur Besserung der Lage der Bauern hat die Regierung Entwürfe über die Art der Erweiterung und Verbesserung des bäuerlichen Landbesitzes und über die Veränderungen in der Art der Nutznießung des Landes von den Bauern in der Reichsduma eingebracht. Unter den von der Regierung in Aussicht genommenen und der Reichsduma zur Prüfung vorgelegten Maßregeln befinden sich unter andern folgende: 1. Neben den Kronländereien, die allein zur Beseitigung der

*) Alle Daten sind in russischem Stil angegeben.

Landnot der Bauern nicht ausreichen würden, soll für Rechnung des Staates solches Land von den Großgrundbesitzern angekauft werden, das diese freiwillig zur Verfügung stellen. 2. Das für Rechnung des Staates angekaufte Land soll den bedürftigen Bauern zu einem für sie erschwingbaren Preise derart zur Verfügung gestellt werden, daß die etwa eintretende Differenz zwischen Ankaufs- und Verkaufspreis aus allgemeinen Staatsmitteln gedeckt wird. Ferner verspricht die Regierung, die Lage des bedürftigsten Teils der Bauern sofort durch Einsetzung besonderer Kommissionen zu verbessern. Die Kommissionen sollen aus der örtlichen Bevölkerung unter Hinzuziehung von gewählten Vertretern der Bauerschaft gebildet werden. Dann geht die Regierung auf den Agrarreformentwurf der Linken ein und erklärt der Bevölkerung, daß sich die Duma mit diesem Entwurf auf falschem Wege befinde; denn von einer erzwungenen Enteignung des Gutlandes zugunsten der Bauern könne nie und nimmer die Rede sein.

Diese Regierungserklärung wurde in mehreren hunderttausend Exemplaren gedruckt und in die Provinz geschickt. Die Duma fühlte sich durch die in der Erklärung enthaltene Kritik in ihren Rechten verletzt, und die Linke fürchtete in den Augen des Volks an Ansehen zu verlieren. Um dieses wiederherzustellen, brachte Kusmin-Karawajew am 26. Juni im Verlauf einer Interpellationsdebatte den Antrag ein, die Duma solle sich ebenfalls mit einer Erklärung zur Agrarfrage an das Volk wenden. Die Revolutionäre nahmen den Gedanken mit Beifall auf und strebten danach, einen derart abgefaßten Aufruf zu fertigen, der nach ihrer Berechnung einen Aufstand zur Folge haben mußte. Die Polen und die Rechte erklärten sich überhaupt gegen einen Aufruf, und der ganze Vorschlag wäre ins Wasser gefallen, wenn nicht die Kadetten in einer Fraktions-sitzung einen Ausweg gefunden hätten. Unter Hinweis auf die in Frankreich angenommene Gepflogenheit, besonders wichtige Reden, Beschlüsse und Willensäußerungen der Kammer im Lande durch Anschlag zu verbreiten, wurde zunächst in die Instruktion der Duma eine entsprechende Anmerkung eingefügt. Ob die Duma zu einem solchen Schritt berechtigt war, ist eine offene Frage geblieben, bis der Monarch ihr die Berechtigung abgesprochen hatte. Dennoch muß zugegeben werden, daß im Gesetz ein Loch vorhanden war, durch das geschickte Juristen wohl hindurchschlüpfen konnten. Nachdem sich dergestalt die Duma das Recht gegeben hatte, sich direkt und ohne Vermittlung der Exekutivgewalt an das Land zu wenden, votierte sie mit 124 gegen 53 Stimmen am 6. Juli nachstehenden Appell an das Volk:

Am 20. Juni veröffentlichte das Ministerium eine Regierungsmitteilung, in der es seine Ansichten über ein Agrargesetz darlegt.

Diese Mitteilung untergräbt den Glauben der Bevölkerung an eine richtige Lösung der Agrarfrage auf gesetzlichem Wege.

Die Reichsduma strebt und strebt nach friedlicher Einführung einer neuen Ordnung im Staat. Die Duma erhofft, daß eine Darlegung des tatsächlichen Stadiums, worin sich die Frage des Agrargesetzes befindet, der Bevölkerung die

Möglichkeit geben wird, ruhig und friedlich den Abschluß der Arbeiten an der Beendigung des Agrargesetzes abzuwarten.

Vor allen Dingen scheint es der Reichsduma wichtig, daran zu erinnern, daß gemäß dem Manifest vom 17. Oktober 1905 kein einziger Regierungsvorschlag ohne Genehmigung der Duma Gesetzeskraft erhalten kann.

Noch am 5. Mai hat sich die Duma in ihrer Antwort auf die Thronrede Seiner Majestät des Kaisers in folgenden Worten über die Agrarfrage geäußert:

Der bei weitem größte Teil des Landes — der arbeitende Bauernstand — wartet mit Ungeduld auf die Hebung seiner harten Landesnot, und die erste russische Reichsduma würde ihre Pflicht nicht erfüllen, wollte sie nicht ein Gesetz ausarbeiten, um diesem dringenden Bedürfnis abzuhelpen durch Verwendung der Kron-, Apanagen-, Kabinetts-, Kloster-, Kirchenländereien und durch Zwangseenteignung des Privatgrundbesitzes für diesen Zweck.

Auf diese Äußerung der Volksvertreter antwortete der Ministerrat, daß eine Zwangseenteignung des Privatgrundbesitzes unter keinen Umständen zulässig sei. Die Duma antwortete darauf mit einem Mißtrauensvotum und begann sofort mit der Ausarbeitung eines neuen Agrargesetzes. Eine besondere Kommission — von der Duma aus Vertretern aller Gegenden Rußlands gebildet — arbeitet dieses Gesetz gegenwärtig aus.

Als Grundlage für die neue Landorganisation sind die Prinzipien in Aussicht genommen, die die Reichsduma in ihrer Antwortadresse an Seine Majestät den Kaiser zum Ausdruck gebracht hat. Die Zwangseenteignung soll auf Grund eines besondern Gesetzes erfolgen, das den Zweck hat, den selbst arbeitenden Bauernstand mit dem enteigneten Lande zu versorgen. In der Frage, welches Land der Zwangseenteignung unterliegen soll, sei hier hervorgehoben, daß in keinem Falle zugeteiltes Land irgendwelcher Benennung (Kategorie) wie auch kein kleiner Grundbesitz enteignet werden sollten. Dieselbe Kommission arbeitet gegenwärtig ein Gesetz für besondere örtliche Agrarinstitutionen aus; in denen soll die Bevölkerung durch Vermittlung ihrer Vertreter an einer zweckmäßigen und gerechten Regelung der örtlichen Agrarangelegenheiten teilnehmen können. Von den seitens der Reichsduma vorgeschlagenen Grundgedanken eines neuen Agrargesetzes wird die Duma nicht abweichen und wird keinen Vorschlag gutheißen, der nicht mit ihnen übereinstimmt. (Wjestnik Jewropy, September 1906, S. 320—322.)

So harmlos dieser Wortlaut aussieht, birgt er doch in sich eine gewaltige Gefahr für die Ruhe des Landes. Denn er sagt einer ungebildeten Bauernbevölkerung, die Regierung will euch das nicht geben, was eure Abgeordneten für euch fordern. Den Satz: Darum müßt ihr Bauern euch selbst nehmen, haben dann die Sozialdemokraten und die Sozialrevolutionäre in ihren Aufrufen ans Volk hinzugefügt. Am 8. fand unter dem Vorsitz des Zaren Ministerrat statt, worin die Auflösung der Duma beschlossen wurde. In der Nacht vom 8. zum 9. Juli wurden die Garnisonen von Petersburg, Moskau, Riga, Warschau, Kijew, Odessa, Charkow und Wilna alarmiert und die Städte derart besetzt, daß jeder Versuch, einen Aufstand hervorzurufen, im Keime erstickt worden wäre. Aber es kam gar nicht dazu. Die unruhige Bevölkerung war ob der Kühnheit der Regierung so überrascht, daß sie sich nicht zu rühren wagte, und die ruhigen gewerbetreibenden Klassen atmeten erleichtert auf, als sie am Sonnabend den 9. (22.) früh in Petersburg nachstehend wiedergegebenes Manifest lasen:

Auf Unsern Befehl sind von der Bevölkerung gewählte Männer zu gesetzgeberischer Arbeit berufen worden.

Im festen Vertrauen auf Gottes Gnade und im Glauben an eine lichte und große Zukunft Unsers Volkes haben wir von ihren Arbeiten Segen und Nutzen für das Land erwartet.

Auf allen Gebieten des Volkslebens haben wir umfangreiche Reformen in Aussicht genommen, und stets an erster Stelle stand unser größtes Bemühen, die Unwissenheit des Volkes durch das Licht der Aufklärung zu beseitigen sowie auch die Nöte des Volkes durch Erleichterung in den Bedingungen der Landwirtschaft zu beseitigen. Unsern Erwartungen wurde eine schwere Prüfung zuteil. Die Gewählten des Volkes haben sich, statt sich gesetzgeberischer Arbeit zuzuwenden, auf ein ihnen nicht zustehendes Gebiet begeben, und haben begonnen, die Handlungen der von Uns eingesetzten Behörden einer Kritik zu unterziehen, unter gleichzeitigem Hinweis auf Mängel in den Grundgesetzen, deren Abänderung einzig durch Unsern Monarchischen Willen vorgenommen werden kann; ferner begingen sie durchaus gesetzwidrige Handlungen, wie es der Appell der Duma an das Volk ist.

Der durch solche Unordnungen verwirrte Bauernstand ist, ohne eine gesetzliche Besserung seiner Lage abzuwarten, in einer ganzen Reihe von Gouvernements zu offenem Raub, zur Entwendung fremden Eigentums, zur Unbotmäßigkeit gegen das Gesetz und gegen die gesetzliche Gewalt übergegangen.

Aber mögen sich Unsrer Untertanen dessen bewußt bleiben, daß nur bei völliger Ordnung und Ruhe eine dauerhafte Besserung der Lage des Volkes möglich ist, und möge es jedermann wissen, daß Wir keinerlei Eigenmächtigkeit und Gesetzwidrigkeit zulassen, und daß Wir mit aller Kraft der Staatsgewalt die Gesetzesverächter unter Unsern Kaiserlichen Willen beugen werden.

Alle wohlgesinnten russischen Leute rufen Wir auf, sich zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Gewalt und zur Herstellung des Friedens in dem Uns teuern Vaterlande zu vereinigen.

Möge die Ruhe in dem russischen Lande wiederhergestellt werden, und möge Uns der Allerhöchste helfen, die Uns am wichtigsten scheinenden Arbeiten — die Hebung des Wohlstandes der Bauern — zu verwirklichen. Unser Wille dazu ist unabänderlich, und der russische Ackermann wird dort, wo Landmangel herrscht, ohne Schaden für fremden Besitz eine gesetzliche und ehrbare Möglichkeit erhalten, seinen Landbesitz zu vergrößern.

Auf Unsern Aufruf werden Personen verschiedner Stände alle Mühe aufwenden, die Verwirklichung dieser großen Aufgabe herbeizuführen. Die endgiltige Lösung auf dem Wege der Gesetzgebung wird dem nächsten Bestande der Duma zukommen.

Wir aber bekräftigen, indem Wir den jetzigen Bestand der Duma auflösen, Unser unumstößliche Absicht, das Gesetz über die Gründung dieses Instituts selbst beizubehalten und haben dementsprechend durch Unsern Ukas vom 8. Juli d. J. an den ditzigierenden Senat eine neue Zusammenkunft der Duma für den 20. Februar 1907 befohlen.

Im unerschütterlichen Glauben an die Gnade Gottes und an die Vernunft des russischen Volkes erwarten Wir, daß der neue Bestand der Reichsduma Unsrer Hoffnungen verwirklicht, und daß in die Gesetzgebung des Landes die Übereinstimmung mit den Bedürfnissen des erneuerten Rußlands hineingetragen wird.

Teure Söhne Rußlands!

Der Zar ruft euch auf, wie der Vater seine Kinder ruft, sich mit ihm zu vereinigen zur Arbeit an der Erneuerung und Wiedergeburt unsers heiligen Heimatlandes.

Wir hoffen, daß Helden des Geistes und der Tat erstehn werden, und daß durch ihre uneigennütige Arbeit Rußlands Ruhm wieder aufleuchten wird! (Präwitelstw. Wjeft.)

Die Mehrzahl der Abgeordneten fügte sich ruhig ins Unvermeidliche — viele mit dem Gefühl der Erlösung. Die gemäßigtern Elemente, wie Graf Heyden, nannten den Schritt der Regierung gewagt, aber unvermeidlich, und nur die Republikaner fielen aus allen Wolken. Die R.-D.-Partei ließ am Morgen des 9. Juli zwei Sitzungen des Fraktionskomitees abhalten, auf denen mit 17 gegen 5 Stimmen beschlossen wurde, einen Aufruf an das Volk zu richten und die Tagung der Duma in Wiborg fortzusetzen.

Sämtliche Mitglieder der Linken und noch einige aus der Autonomistengruppe sowie außerhalb der Fraktion stehende Zugehörige der konstitutionellen Demokraten eilten auch am Abend der Auflösung nach dem sechs Stunden entfernten Wiborg, um von dort aus die Geschicke Rußlands zu leiten, desselben Rußlands, von dem sie glaubten, es würde sofort zu den Waffen greifen und die Bureaucratie nun — einfach totschlagen. Die Abgeordneten befanden sich in einem Zustande der Autosuggestion. Sie übersahen, daß ja viele von den Tatarennachrichten aus der Provinz eigne „Mache“ der Arbeiter- und Bauerndelegierten waren, dazu bestimmt, die Minister zu verwirren! Und nun erlagen sie ihren eignen Lügen. In heißer Redeschlacht, die allerdings nur gegen einen „markierten Feind“ geschlagen wurde — die Regierung wirtschaftete in Rußland von Petersburg aus ganz ruhig weiter —, kam der berühmte „Wiborger Aufruf“ zustande, fast in demselben Wortlaut, wie ihn die Kadetten in den vorher erwähnten Komiteesitzungen beschlossen hatten. Er lautete:

Bürger von ganz Rußland!

Durch den Ukas vom 8. Juli wurde die Reichsduma aufgelöst. Als ihr uns zu euern Vertretern wähltet, trugt ihr uns auf, Land und Freiheit zu erkämpfen. In Durchführung unsers Auftrags und unsrer Pflicht arbeiteten wir Gesetze zur Sicherstellung der Freiheit des Volkes aus und forderten die Entfernung der unverantwortlichen Minister, die ungestraft unter Verachtung der Gesetze die Freiheit niedertraten. In erster Linie aber wollten wir ein Gesetz fertigtstellen über Zuteilung von Land an die gesamte arbeitende Bauernschaft. Zur Verteilung soll gelangen: das Krons-, Apanagen-, Kabinetts-, Kloster- und Kirchenland sowie zwangsweise enteigneter Privatgrundbesitz.

Die Regierung hat ein solches Gesetz für unzulässig erklärt und die Auflösung der Duma verfügt, als die Volksvertreter noch einmal energisch ihren Entschluß über die Zwangsent eignung wiederholten.

An Stelle der jetzigen Duma verspricht die Regierung nach sieben Monaten eine andre zusammenzurufen. Ganze sieben Monate soll Rußland ohne Volksvertretung bleiben, und noch zu einer Zeit, wo das Volk am Rande des wirtschaftlichen Ruins steht, wo Industrie und Handel unterbunden sind, wo es im ganzen Lande gärt, und wo das Ministerium endgültig seine Unfähigkeit bewiesen hat, die Nöte des Volkes zu beseitigen. Ganze sieben Monate wird die Regierung nach Willkür verfahren und wird gegen die Volksbewegung ankämpfen, um eine gehorsame, willfährige Duma zu erhalten; wenn es ihr aber gelingen sollte, die Bewegung des Volkes vollkommen niederzutreten, wird sie überhaupt keine Duma zusammenrufen.

Bürger! Steht fest für die erniedrigten Rechte der Reichsdumavolksvertretung, steht für die Reichsduma! Nicht einen einzigen Tag darf Rußland ohne Volksvertretung bleiben. Ihr habt ein Mittel, solches zu erzwingen. Die Regierung hat ohne Zustimmung der Volksvertretung weder das Recht, Steuern vom Volke einzusammeln, noch das Volk zum Militärdienst heranzuziehen. Darum seid ihr jetzt, wo die Regierung die Reichsduma aufgelöst hat, berechtigt, ihr sowohl Soldaten wie Steuern zu verweigern. Wenn sich aber die Regierung, um Geld zu beschaffen, Anleihen zuwenden sollte, so haben solche Anleihen, da sie ohne Einwilligung der Volksvertretung abgeschlossen wurden, von nun an keine Gültigkeit, und das russische Volk wird sie niemals anerkennen und sie nicht bezahlen.

Darum: gebt nicht eine Kopeke an den Fiskus und keinen Soldaten an die Armee, solange nicht die Volksvertretung zusammengerufen ist. Bleibt fest bei der Absage, steht alle wie ein Mann für euer Recht. Dem einmütigen und unerschütterlichen Willen des Volkes kann keine Macht widerstehn.

Bürger! in diesem erzwungenen, aber unvermeidlichen Kampfe werden eure Vertreter mit euch sein!

Den 9. Juli 1906.

Der Aufruf trug 185 Unterschriften, darunter die von 96 konstitutionellen Demokraten. Man glaube nun aber nicht, daß es lauter ungebildete Bauern oder jugendliche Gigköpfe waren, die unterschrieben. Durchaus nicht! Gerade solche, die in der konstitutionell-demokratischen Partei den größten Einfluß hatten, und die als Kandidaten für Ministerposten in Aussicht genommen waren, hielten es für möglich, einen Staat durch Steuerverweigerung zu zertümmern, der seine Einnahmen vornehmlich aus indirekten Steuern zieht! Wir lesen unter den Unterschriften die Namen von zwölf volkswirtschaftlich durchgebildeten Professoren und Juristen, doppelt soviel Vertretern der Selbstverwaltung! — Murontzow, Fürst Dolgorukow und Professor Gredeskul, die drei Präsidenten der Duma —, Herzenstein, der Agrarreformer Nabokow und Fürst Urussow, die um politischer Vorbeeren den Staatsdienst verließen — sie alle haben den Aufruf unterschrieben! Psychologisch scheint der Vorgang fast unverständlich, wenn wir nicht in Betracht ziehen, daß die Kadetten schon immer westeuropäische Muster nachbildeten; in unserm Falle scheint auch die antimilitärische Propaganda in Frankreich maßgebend gewesen zu sein. Seit dem Oktober 1905 schon standen sie nicht mehr auf realem Grunde der Bedürfnisse ihrer russischen Wähler. Zu ausführenden Organen des fünfundzwanzigjährigen Dorfschreibers Dnipke und des Halbwilden Kamischwili vom Kaukasus waren sie deshalb herabgedrückt. Die Geschichte bietet genügend Beispiele für Demoralisation infolge von Suggestion. (S. a. H. Taine, *Revolution* Band II, S. 146, und Tarde, *Revue de Paris* 1898.)*) Vielleicht kann man auch

*) Sehr empfohlen sei Politikern das Studium zweier Schriften von W. Bachtzew. 1. „Suggestion und ihre soziale Bedeutung.“ Leipzig, 1899. 2. „Die Bedeutung der Suggestion im sozialen Leben.“ Band XXXIX der „Grenzfragen des Nerven- und Seelenlebens“. Wiesbaden, F. F. Bergmann, 1905. Ich meine, die Ausführungen Bachtzew's geben Wege an, auf denen dem demagogischen Wirken heimlicher Revolutionäre entgegengetreten werden kann.

Überarbeitung und Nervenüberreizung als Entschuldigung für das Verfahren der ehemaligen Abgeordneten annehmen, denn gearbeitet wurde in den Kommissionen der Duma ganz erstaunlich viel, und die Arbeit mußte vornehmlich von Kadetten geleistet werden. Eine weitere Entschuldigung für das Verhalten wird jeder Freund der fortschrittlichen Bewegung in dem tiefen Mißtrauen finden, das sich gegen eine Regierung festsetzen mußte, in deren Ministerien die gefährlichsten Proklamationen von Gendarmerieoffizieren gedruckt wurden, mit dem Zweck, bestimmte Teile der Bevölkerung zu Mord und Brand aufzureizen. Diese Vorgänge durften aber nicht mehr Stolypin zur Last gelegt werden, nachdem er sein Kabinett in liberaler Richtung reformiert hatte und sogar mit Vertretern aus dem Parlament, wie Heyden, Uwow und Stachowitsch, wegen Eintritts in sein Kabinett verhandelt hatte.

Der Aufruf sollte jedoch nicht den Zweck verfolgen, das „Volk aufzureizen“, sondern nur den, die „Verbindung“ der Kadetten mit dem vielleicht revolutionären Volke aufrecht zu erhalten. Das war wenigstens die Auffassung der Kadetten. Schon seit Wochen war die Haupttätigkeit der Dumafraktion darauf gerichtet bildeten gewesen, diese „Verbindung“ möglichst eng zu gestalten. Einen Maßstab für die Kadetten die Adressen an Mitglieder der Fraktion, von denen während der Tagung der Duma neunundneunzig veröffentlicht wurden. Wie falsch dieser Maßstab aber ist, ergibt sich schon daraus, daß es erst einer Anregung der Duma bedurfte, die Adressen hervorzurufen. Doch wie dem nun auch sei, die Kadetten gaben sich am 9. Juli den Anschein, als seien sie davon überzeugt, daß die Revolution sofort an allen Ecken des Reichs losbrechen würde, um die Abgeordneten zu schützen. Darum wollten auch sie beweisen, daß sie es mit dem Volke hielten, sonst nichts! Um so größer war die Niedergeschlagenheit und Zerkahrenheit, als die Revolution nicht ausbrach, für die einzig und allein die Minister verantwortlich gemacht werden sollten. Man hatte nicht daran gedacht, daß die Ernte eben begonnen hatte, und daß die Intelligenz zu den Ferien auf den Landsitzen zerstreut war. Man hatte aber auch nicht damit gerechnet, daß die Regierung so schneidig und bedacht vorgehn würde. Das Rechenexempel erwies sich als falsch, die Blamage in Wiborg war umsonst!

Am 10. Juli siedelte das „Rumpsparlament“ nach Terjoki, näher an die russische Grenze, über, wo es in Erwartung der Dinge, die kommen sollten, noch einige male meist in Fraktionsitzungen der konstitutionellen Demokraten, teils in solchen der Sozialdemokraten zusammentrat, dann aber auseinanderlief.

Noch enttäuschter als die Kadetten waren die offenen Revolutionäre — die Sozialdemokraten und ihr Anhang. Sie führten den dem Wiborger Aufruf zugrunde liegenden Gedanken weiter aus in einem „Manifest an die Armee und Marine von der Arbeitsgruppe und der sozialdemokratischen Fraktion der Reichsduma“. Es lautete:

Soldaten und Matrosen! Die Regierung hat durch Ulas des Zaren die Reichsduma aufgelöst und von allen Seiten Militär gesammelt, um durch Waffengewalt das Volk niederzudrücken. Die Volksvertreter wurden von euern eignen Vätern und Brüdern gewählt, um den Zaren auf alle Verwaltungen des Volkes hinzuweisen, und um für das Volk Land und Freiheit zu erlangen. Der Zar aber hat die Erwählten des Volkes nicht hören wollen. Er hat auf seine frühern Ratgeber gehört — die Großfürsten, Minister, Generale und Gutbesitzer, die weder ihre Güter noch ihre großen, nach Tausenden zählenden Gehalte noch ihre unverantwortliche Gewalt verlieren wollten. Rußland hat sich in zwei Parteien geteilt. Auf der einen Seite steht die erdrückende Mehrheit, alle Bauern und Arbeiter, alle Armen und Unterdrückten, die besten aus den Reihen der Gelehrten und Gebildeten, die zielbewußten Soldaten, die besten Offiziere und Märtyrer, die in den Gefängnissen schmachten — unter ihnen Tausende von Soldaten und Matrosen. Auf der andern Seite steht ein Haufe Unterdrücker: die Großfürsten, die Minister, Trepow, Bobjedonostzew, die mandschurischen Generale, die vor den Japanern flohen, aber den Mut fanden, Moskau, Odessa und Tschita zu beschießen, die Landhauptleute, die Polizei, die Spione und das ganze schwarze Hundert. Sie rechnen auf eure Stärke, um das russische Volk niederzutreten. Werdet ihr wirklich auf das Volk schießen? sein Blut vergießen und mit euern Bajonetten die Brust des Volkes durchbohren? Erinnert euch doch, daß ihr Söhne von Bauern, also Kinder des russischen Volkes seid. Gleichzeitig erheben sich in euerm Heimatdorf eure eignen zurückgebliebenen Brüder und verlangen Land und Freiheit. Die Regierung aber schickt Soldaten aus andern Gegenden, um auf jene zu schießen und sie niederzuhauen. Wozu wollt ihr die Regierung verteidigen? Lebt ihr denn gut? Seid ihr denn nicht selbst unterdrückt? Ihr werdet sogar ärger unterdrückt als alle andern! Als Burschen leistet ihr den Offizieren Sklavendienste! Für jedes mutige Wort werdet ihr gequält! man verschickt euch zur Zwangsarbeit, man erschießt euch! Wir, die Vertreter des Volkes, wollten eure Lage bessern, wir wollten ein Gesetz schaffen, wodurch der Militärdienst auf zwei Jahre herabgesetzt, der Dienst als Offiziersbursche völlig aufgehoben werden sollte, den Soldaten ein monatlicher Lohn ausgezahlt und jegliche Bedrückung der Soldaten durch die Vorgesetzten streng verboten wird. Wir wollten das Loß der Soldaten bessern, wie überhaupt das Loß des gesamten arbeitenden Volkes. Da eilte die Regierung, die Reichsduma auseinanderzujagen.

Soldaten und Matrosen! Wir, die gesetzmäßig gewählten Vertreter des Bauernstandes und der Arbeiter, teilen euch mit: Jetzt, ohne Reichsduma, ist die Regierung ungesetzlich, und ihre Erlasse haben keine Gesetzeskraft. Wir fordern euch auf, der ungesetzlichen Regierung den Gehorsam zu kündigen und euch zusammen mit uns und mit dem ganzen Volke gegen sie erheben! Ihr habt geschworen, das Vaterland zu verteidigen. Euer Vaterland das sind die russischen Städte und Dörfer und das ganze russische Volk! verteidigt es, und steht mit ihm für Land und Freiheit! Jeder, der auf das Volk schießt, ist ein Verbrecher, Verräter und Feind des Volkes! Denen, die auf das Volk schießen werden, tun wir im Auftrage der Brüder und der Väter kund, daß für sie kein Wiedersehen mit ihren Heimatdörfern möglich ist, und daß auf ihnen der Fluch des Volkes lasten wird.

Die Regierung hat mit dem österreichischen und dem deutschen Kaiser Unterhandlungen angeknüpft; deutsche Truppen sind bereit, in unser Land einzufallen und die dem Volk längst überdrüssige Regierung zu verteidigen — mit fremder Waffengewalt. Wir erklären die Regierung für solche Unterhandlungen als schuldig des Hochverrats, wodurch sie sich außerhalb des Gesetzes stellt.

Soldaten und Matrosen! Es ist eure heilige Pflicht, das russische Volk von dieser verräterischen Regierung zu befreien und die gewählten Vertreter des Volkes zu verteidigen. Jeder, der sein Leben in diesem heiligen Kriege opfert, ist nie wackelnden Ruhmes sicher, und das russische Volk wird sein Andenken ehren. Darum mutig für die Heimat, das Volk für Land und Freiheit — in den Kampf gegen die verbrecherische Regierung! in diesem Kampf werden die Erwählten des Volkes mit euch sein.

Das Vereinigte Komitee der Arbeitsgruppe und der sozialdemokratischen Fraktion der Reichsduma.

St. Petersburg, den 12. (25.) Juli 1906.

Dieses Manifest erschien anonym. Es hatte in Verbindung mit örtlichen Verhältnissen die Militäraufstände in Kronstadt und Sveaborg zur Folge sowie das furchtbare Attentat auf den Ministerpräsidenten. Wie wenig aber den Meuterern selbst an der Politik lag, geht daraus hervor, daß sie sich bei den einzelnen Überfällen auf die Offiziere rühmten, nach ihnen kämen die Kaufleute in der Stadt dran — denen würde ihr Geld abgenommen werden, und dann würden sie, die Matrosen, gut leben. Von irgendeiner politischen Begeisterung war nirgends etwas zu bemerken — um so mehr aber Raub- und Mordlust.

Aber diese äußern Vorgänge interessieren uns nicht. Wichtiger scheint es uns, festzuhalten, wie sehr aus einem Guß die beiden Manifeste hergestellt sind. Zunächst wird in beiden wider besseres Wissen die Behauptung aufgestellt, die Auflösung der Duma sei nur eine Vorstufe zur Aufhebung der Konstitution überhaupt. Die Bekräftigung des Zaren in seinem Manifest vom 8. Juli, daß die die Konstitution einführende Gesetzgebung erhalten bleiben soll, wird als Lüge hingestellt und diese Auffassung im Volke verbreitet. Aus diesem Zusammenhang geht hervor, daß den Kadetten nur wenig an einer friedlichen Erneuerung Rußlands lag, daß sie, vielleicht unbewußt, Mittel anwandten, die den Zusammenbruch des Reiches beschleunigen mußten. Wäre ihr Sinnen wirklich vor allem auf eine friedliche Entwicklung gerichtet gewesen, dann mußte der an sich durchaus berechtigte Appell an die Wähler zunächst auffordern, ruhig zu bleiben. Dann mußten die Prinzipien der Agrarreform klargelegt und die Ursachen der Auflösung dargestellt werden. Ohne sich etwas zu vergebem, hätten die Kadetten es sehr wohl auf ein Plebiszit ankommen lassen können — wenn sie nur ihrer Sache, das heißt der Dauerhaftigkeit ihrer Ideale sicher gewesen wären. Tatsächlich können ihre Ideale aber nicht haltbar sein. Ein von religiösen und nationalen Anschauungen entkleideter Materialismus, wie er in dem durchaus sozialistischen Programm der konstitutionellen Demokraten zum Ausdruck kommt, kann vielleicht bei absterbenden, nicht aber bei jungen, werdenden Völkern Wurzel fassen. Denn dieser Materialismus kultiviert nur die tierischen Instinkte im Menschen — ohne Ausnutzung der Eigenschaften, die ihn über das Säugetier hinausheben. Die Russen aber sind ein werdendes Volk!

Wo der Mittelpunkt der moralischen Kräfte des russischen Volkes tatsächlich liegt, hat sich auch bei dieser Gelegenheit gezeigt: bei den national empfindenden

liberalen Slawjanophilen. Auch sie haben durch ihre Vertreter Graf P. A. Heyden, M. A. Stachowitsch und Fürst N. N. Gwow einen Aufruf an ihre Wähler gerichtet, aber mit einer Mahnung zur Ruhe und mit der Aufforderung, durch die Wahlen die Fehler der frühern Duma wieder auszugleichen. Sie weisen ausdrücklich auf das Recht des Monarchen hin, die Duma aufzulösen, und sie unterstreichen, daß auch das alte Ministerium, das den Volksvertretern nicht geholfen hatte, sie vielmehr behinderte, entlassen und durch neue Männer ersetzt worden sei. (Wochenblatt der R.-D., Nr. 20, S. 1280.)

Ebenso loyal und vernünftig sind die ebenfalls national empfindenden Polen aus Litauen und Weißrußland vorgegangen, mit Bischof von Koop und Fürst Druktoj-Djubektoj an der Spitze. Sie unterstreichen das kaiserliche Versprechen, daß an der Konstitution nicht gerührt werden soll; sie gemahnen, Frieden zu halten und sich auf die kommenden Wahlen vorzubereiten. (Wochenblatt Nr. 22, S. 1326.)

Ebenso wie diese nationalführenden Kreise hätten auch die konstitutionellen Demokraten es ihren Wählern überlassen sollen, ob sie bei den nächsten Wahlen für oder gegen den Agrarreformentwurf eintreten wollen! Gegen einen dergestalt abgefaßten Aufruf hätte keine Regierung etwas einwenden können, und P. A. Stolypin hätte nicht das Recht bekommen, die Kadetten als Revolutionäre zu brandmarken und zu behandeln. In Frieden hätten sich die Kadetten der Propaganda für ihren Entwurf wie überhaupt für ihre politischen Ideale zuwenden können und brauchten nicht einen Verlust von 96 Parlamentariern zu beklagen, die nun wegen des Wiborger Aufrufs die Wahlberechtigung verloren haben. Man braucht diese Strafe nicht als zulässig anzuerkennen und wird doch zugeben müssen, daß sie auf Grund der vorhandenen Gesetze mit logischer Unerbittlichkeit dem Wiborger Aufruf auf dem Fuße folgen mußte. Eine Nichtanwendung dieser Gesetze hieße die Autorität der Regierung untergraben und den Revolutionären die Möglichkeit geben, zu sagen: „Die Regierung wagt uns nicht anzurühren — ergo ist sie schwach!“

* * *

In meinen drei Briefen (s. auch Nr. 42 und 46) habe ich versucht, eine gedrängte Geschichte der konstitutionell-demokratischen Partei zu geben. Ich habe es vermieden, die politischen Ideale der Kadetten zu kritisieren, mich vielmehr darauf beschränkt, ihre Taktik zu zergliedern. Fasse ich das abschließende Urteil über ihre Tätigkeit zusammen, dann bin ich genötigt, zu wiederholen: ihre Verdienste um das russische Volk liegen vor dem 17. Oktober 1905. Die eingeschlagene Taktik war falsch trotz den riesigen Wahlerfolgen im Frühling 1906. Seit dem Zusammentritt der Duma haben nicht die Regierung, nicht eine kulturfeindliche Reaktion die Entwicklung Rußlands aufgehalten, sondern vor allem das unkluge, charakterlose Verhalten der Kadetten. Sie haben sich in allen bedeutenden Fragen von den Sozialisten ins Schlepptau nehmen lassen. Rußland

aber ist für den Materialismus der Sozialisten noch nicht verbraucht genug. Ich stehe mit solchen Anschauungen heute nicht mehr allein da. Kein geringerer als Fürst Eugen Trubezkoi schreibt zum Beispiel in Nr. 30 seines Moskowskij Tschhenjedjelnik anlässlich einer Verurteilung der Duma wegen ihres Verhaltens zum politischen Mord: „Diese Tatsache zeigte, daß die Dumamehrheit nicht von ehrenhaften Idealen, sondern von opportunistischen Ideen geleitet wurde. . .“

Die Radikalen haben die Fesseln selbst geschmiedet, mit denen Rußland vielleicht wieder für kurze Zeit an den Pfahl einer selbstherrlichen Bureaucratie gebunden werden wird! Einen großen Überschuß an fortschrittlich denkenden Männern, die nicht Sozialisten sind, hat Rußland nicht, und es besteht die Gefahr, daß die kommenden Wahlen zerstören, was die Kadetten als „Dswobojzence“ vor 1905 geschaffen haben. Die Zukunft Rußlands ist heute durchaus noch nicht entschieden. Bei den nächsten Wahlen werden Republikaner und Absolutisten hart aneinander geraten, und der Zar wird nicht nur mutige sondern auch kluge Minister brauchen, wenn er sich und sein Land vor dem Ärgsten bewahren will. Gegenwärtig scheint P. A. Stolypin auf dem richtigen Wege zu sein — hoffentlich gleitet er nicht in die Bahn der „Allrussischen Männer“.

St. Petersburg, den 23. Oktober 1906



Deutsche Liebesbriefe



Julius Zeitler, der Verfasser mehrerer tüchtiger Werke aus dem Gebiete der Ästhetik und geschmackvolle Übersetzer, hat im vorigen Jahre im eignen Verlag eine Sammlung „Deutsche Liebesbriefe aus neun Jahrhunderten“ herausgegeben. In einer „Einführung“ begründet er in überzeugender Weise die Berechtigung seines Unternehmens und erzählt, nach welchen Grundsätzen er dieses „Archiv des Herzens“ angelegt hat. Mustern wir einmal den bunten Inhalt!

Die ersten der mitgeteilten Episteln stammen aus dem zwölften Jahrhundert. In einem wohl disponierten Schreiben, das allerlei allgemeine Betrachtungen über Freundschaft, Glauben und Treue enthält, sucht die Liebende bei aller Ergebenheit (sie schließt mit dem berühmten *du bist mîn, ih bin dîn* usw.) dem Geliebten gegenüber ihren Standpunkt zu wahren. Die Ritter, vor denen sie der Freund gewarnt hat, vermag sie nicht ganz zu verschmähen, denn sie gelten ihr als Quelle und Ursprung aller Ehre. Der Empfänger macht ihr in seinem Antwortbrief deshalb Vorwürfe, die sie dem Mißtrauischen in einem neuen Schreiben zurückgibt.

Hatte sie dem Adressaten „alles, was fröhlich ist, alles, was selig ist“,